

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Veröffentlichungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal Mk. 2 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband Mk. 2,40

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Montag mittag 1 Uhr.
Verkehrs-Anzeigen werden mit 30 % für die dreigespaltene Beizeile oder deren Raum berechnet

Du Maigedanke, wir lassen dich nicht!

Kein Arbeitsruhen, kein Maigeläuf!
Wer mag an Festglück denken heut?
Doch wenn wir schreiten mit hartem Gesicht,
den Maigedanken lassen wir nicht.
Er pocht mit hellem Schlag ans Tor:
Tut auf! tut auf! er tritt hervor,
er trägt sein grünes Lenzgewand,
hält seinen Blühzweig, hebt die Hand:
Ich bin der Friede! und schreiet einher,
und keiner murr: Was will nun der?
Neigt jeder ernst zum Gruß das Haupt:
Wir haben freu an dich geglaubt!
Ein schmerzlich Zucken, doch kein Bereuen,
Völkeraugen hellt ein Lichterneuen,
kein Mißachten und kein Verzicht:
Er soll uns segnen, wir lassen ihn nicht!

Kein Arbeitsruhen! kein Maienrausch!
In Blut die Welt, ein schlimmer Tausch.
Aus allen Zonen der Friede verbannt,
— schirmet, schirmet das Vaterland!
Ein Waffenhymnien landab, landauf,

Kein Tag läßt müßigen Verjchnauf,
in Todesgräben hin und her
tobt lebenslusternes Gewehr.
Du Feind da drüben, auf den ich schoß,
warst du nicht einst mein Maigenoß?
Du toter Freund, den die Freiheit beweint,
der dich erschlug, wars wirklich ein Feind?
Die sonst so brudernah gefühlt,
Freund, Feind schlägt hin, zerfetzt, zerwühlt.
Sie trotzten herrlich, doch qualvoll blaß,
— töten, töten ohne Haß!
Der Brand stob auf, blieb keine Wahl —
noch dieses Mal, ein letztes Mal!
Und stehn wir heut voreinander als Feind,
der Tag kommt, der uns stärker vereint.
Da springen wir jubelnd aufs freie Feld,
auf Brudergräbern zum Schwur gefellt,
und der Maigedanke wird Weltgericht —
das muß geschehen, wir lassen ihn nicht!

Kein Arbeitsruhen! kein Maienzug!
Der Maigedanke ist heut genug.

Er ruff keine Massen auf Weg und Wall,
aber er drängt überall,
alle Sinne laufchen ihm nach,
in den Kriegsgräben wird er wach,
er kommt gegangen im Frühlingwehn,
auf allen Straßen wird er gesehn,
in allem Harren todumgraut,
Und eine Stimme lönt an, schwillt laut:
Schließt die Reihen! der Bautag naht,
das Werk steht sicher zu neuer Tat,
mit Blut geschirmt, jolls groß gedeihn:
Der Maigedanke will Meister sein!
Und ein Branden rauscht: Erschütterte Zeit,
Volksmillionen erglühn bereit!
Steinheere sehnen Baugesön,
das soll der Freude die Zinnen höh'n,
Türme des Friedens, Zinnen der Welt!
Und unsre Hände zum Bauen bestell!
In Not und Tod gewaltgeschweift,
will Höchstes richten der Freiheitsgeist ...
O Maigedanke, läut an zur Schicht!
Wir kommen einig, wir lassen dich nicht!

Franz Dieberich.

Weltenmai und Weltkrieg.

Dreiviertel Jahr dauert nun der Weltkrieg. In steigendem Maße sind uns die Schrecknisse dieser bitteren Zeit in den verflochtenen neun Monaten vor die Augen getreten. Ungezählte Menschenopfer hat der Krieg bisher gefordert. Die Zahl der Witwen und Waisen, denen der Krieg den Ernährer raubt, wächst ins Ungeheure. Die zu Krüppeln gewordenen Soldaten geben dem Straßenbild der Städte immer stärker ein trauriges Gepräge. Gewaltige Werte sind zerstört. Handel und Wandel sind hart getroffen. Nach dem Friedensschluß, den alle beteiligten Völker ersehnen, wird es eines langen Zeitraums bedürfen, um die empfindlichsten Schläge zu überwinden, die der Krieg den Völkern zugefügt hat.

Alle diese Kriegswirkungen beherrschen unser Fühlen und Denken seit der Dauer des Krieges ununterbrochen. In keinem der verflochtenen Kriegstage aber ist uns die Tragik des Weltkrieges so erschütternd zum Bewußtsein gekommen, wie am 1. Mai.

Maifest der Arbeit! Geweiht dem großen Ideale der Völkerverständigung, des Weltfriedens! Seit 23 Jahren pflegten und feierten wir an diesem Tage die Einheit der Arbeiter aller Länder im Denken, Hoffen und Streben nach dem gemeinsamen großen Ziel der Völkererlösung von den Fesseln des Kapitals. Und heute? Wie viele von denen, die in vergangenen Jahren das Fest des Friedens mit uns feierten, deckt nicht schon die blutgetränkte Erde der Schlachtfelder? Die Völker

furchtbarer entzweit denn je! Der Kampf auf Leben und Tod tobt weiter, auch am 1. Mai. Zu Millionen liegen die wehrfähigen Männer auch heute, am 1. Mai, in den Schützengräben des Ostens und des Westens, die Flinten, Maschinengewehre und Kanonen gegeneinander gerichtet. Wir stehen vor diesem erschütternden Bilde und sind außerstande, es zu ändern. Ist darum der Maigedanke abgetan, endgiltig begraben? Dem oberflächlichen Beurteiler mag es so scheinen. In Wahrheit lebt der Maigedanke fort und er wird seine segnerbringende Saat in Millionen neuer Herzen sätzen, wenn die Menschen sich einst selbst Rechenschaft geben über den Wider Sinn und die Furchtbarkeit des opferreichen Ringens.

Die in der Organisation zum Denken erzogenen Arbeiter diesseits und jenseits der Vogesen, des Kanals und der Weichsel waren sich über den gigantisch grenzenvollen Wider Sinn des Weltkrieges bereits im Klaren vor seinem Ausbruch. Sie verfügten aber nicht über die Kraft, ihn zu verhindern, vermochten dem Verhängnis nicht zu entkommen. Es blieb ihnen nichts übrig, als dem Schicksal sich zu beugen. In der Stunde der Gefahr regte sich auch beim Arbeiter lebhafter als in den Zeiten des Friedens das Gefühl der Zugehörigkeit zu seinem Volke, mit dem er durch Sprache, Stammesbeigenart und Geschichte verbunden ist. Die Arbeiter aller am Krieg beteiligten Länder wollten, da sie das Schreckliche nicht verhindern konnten, wenigstens dazu beitragen, daß die schlimmsten Grenzen von ihrer Heimat, ihren Lieben ferngehalten, daß ihr nationales

Gemeinwesen als Grundlage ihres Kampfes um eine höhere Lebenshaltung vor der Zertrümmerung bewahrt bleibe. Wie die österreichischen und die deutschen, so traten auch die Arbeiter Frankreichs, Belgiens, Englands und selbst Russlands an die Seite ihrer Volksgenossen. Es wäre töricht, ihnen deshalb Vorwürfe zu machen. Sie haben genau wie wir getan, was nach Ausdruck der Katastrophe ihrem Gefühl und ihren Interessen entsprach. Wir wünschen nur, daß sie sich freihalten oder freimachen von der noch viel tödlicheren Illusion, Deutschland zerfurcht zu können. Die deutsche Arbeiterschaft stützt sich auf das Wort aus autoritärem Munde: Uns treibt nicht Eroberungslust. Sie will aber auch ihr eigenes Vaterland nicht zum Opfer der Eroberungsgelüste anderer Staaten werden lassen. Sie hält es mit ihrem Altmelster Bebel, der einst im Reichstag den bürgerlichen Parteien erklärte: „Dies Land ist so gut unser wie euer Vaterland! Auf diesem Boden kämpfen wir und wir lassen weder Land noch Leute vom deutschen Gebiete losstrennen.“ Wir sehnen den Augenblick herbei, in dem unsere Gesinnungs- und Klassengenossen in allen kriegführenden Staaten diese Auffassung auch für sich gelten lassen. Dann werden die Voraussetzungen einer Verständigung gegeben sein, dann wird auch mit Erfolg auf einen baldigen Friedensschluß hingearbeitet werden können, und dann wird gar bald auch das einigende Band der Internationale wieder geknüpft sein.

Nach Friedensschluß wird die Macht der ehernen Tatsachen jenem kleinen Häuflein Verärgerter, das aus selbstgefälliger Rechthaberei vom völligen Zu-



sammenbruch der Internationale spricht, sehr bald die Haltlosigkeit seines Geredes zu Gemüte führen. Die internationalen Fäden des Kapitals werden rasch wieder zu einem dichten Netz verwoben sein. Die Wissenschaft wird in ihrem eigenen Interesse die internationalen Verbindungen wieder aufnehmen. Handel und Verkehr der kriegführenden Länder werden rascher als in der Vergangenheit die gesamte Welt umspannen. Da sollte die Arbeiterchaft im Jammern über die „zusammengebrochene“ Internationale verharren? Die Arbeiter Frankreichs und Englands werden bald nach Wiedererlangung des Friedens mit ihren deutschen Klassenossen in Reih und Glied stehen. In der Kriegszeit ist das Streben der Arbeiter nach Hebung ihres Lebensniveaus lahmgelegt. Nach Friedensschluss gilt es, vieles nachzuholen. Die Feuerung, die der Krieg gebracht oder verschärft hat, wird nicht rasch und restlos wieder verschwinden. Für sie haben die Arbeiter einen Lohnanspruch zu erstreben. Für die Arbeitslosen, die vielsleicht nach Rückkehr der Arbeiter aus dem Felde zahlreicher sein werden als je, für die Kriegsinvaliden, die Witwen und Waisen ist zu sorgen. Aufgaben von ungeheurer Bedeutung! Hinzu kommen die Forderungen nach wahrhafter Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen, durch die allein Garantien gegen die Wiederkehr einer solchen Weltkatastrophe geschaffen werden können.

Diese Aufgaben treten an die Arbeiter aller Staaten gleichmäßig heran. Sie werden umso rascher und vollkommener gelöst werden, je einmütiger und kraftvoller sich die Arbeiter aller Länder für sie einsetzen. Das ureigene Lebensinteresse der Arbeiterchaft bürgt uns also dafür, daß die Gemeinamkeit des proletarischen Befreiungskampfes sich neu befestigt und zu siegreicher Entfaltung gelangt.

Der Zusammenbruch der Illusionen.

III.
Die Wahrheit richtet sich nicht nach uns, sondern wir müssen uns nach ihr richten.
Matthias Claudius.
Im vierten Kapitel seiner Schrift, „Entwicklungsstadien des Sozialismus“, stellt Cunow die wissenschaftliche Methode der Theoretiker vom Schlage Kautskys dar. Nichts habe in den letzten Jahren neben dem Dogma, die kapitalistische Wirtschaftsweise sei längst reif für ihre Beseitigung und ihre Ersetzung durch die sozialistische Wirtschaftsordnung, mehr zur theoretischen Begründung beigetragen als die Sucht dieser Theoretiker, aus irgendwelchen sozialen Erscheinungen oft ganz nebenbei jenen Art sofort in ganz grober Weise sogenannte Entwicklungstendenzen abzuleiten. Das

geschieht etwa nach folgender Schablone: Seit dem Auftreten des Imperialismus stockt die Sozialpolitik in Deutschland, folglich hat der Imperialismus „die Tendenz“ einer Verhinderung sozialpolitischer Reformen usw. Diese Vermeidung nennen dann Theoretiker à la Kautsky marxistisch; Cunow sagt aber mit Recht, sie sei weit mehr biologisch als marxistisch; denn in dieser Weise zögen die Naturvölker ihre Schlüsse.
Aber mit der Konstruktion von Tendenzen begnügen sich dieser Art Leute nicht, sondern sie folgern meistens aus den von ihnen entdeckten Tendenzen, daß sich diese Tendenzen auch durchsetzen. Sie bedenken nicht — worauf schon in unserm vorigen Artikel hingewiesen worden ist —, daß eine Tendenz nicht ihre eigene, von andern Tendenzen abgetrennte Wirkungssphäre hat, worin sie sich ungehindert entwickeln kann, sondern daß verschiedene Tendenzen gegeneinander wirken, sich gegenseitig stärken, hemmen, beschränken, neue Tendenzen hervorbringen und sich zum Teil gegenseitig aufheben. Wenn also selbst ganz richtig konstatiert wird: es gibt eine Entwicklungstendenz der kapitalistischen Produktionsweise, eine antidemokratische Tendenz des Kapitalismus usw., so ist damit noch durchaus nicht erwiesen, daß diese Tendenzen in allen Ländern und zu aller Zeit ganz oder auch nur teilweise zur Geltung kommen müssen.“ Karl Marx hat diese Tatsache nicht nur erkannt, sondern in seinen Lehren auch berücksichtigt, indem er zum Beispiel von dem von ihm entwickelten absoluten, allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Akkumulation sagte, es werde „gleich allen andern Gesetzen, in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert“.

Ein wichtiges Kapitel ist das fünfte, betitelt: „Klassengefühl und Nationalgefühl“; denn über diese Frage besteht bei den Arbeitern — und selbstverständlich auch bei manchen Theoretikern — noch ganz besonders viel Unklarheit. Unser Kollege Winig hat zum Beispiel vor einiger Zeit in einem Artikel einer sozialistischen Tageszeitung die Ansicht vertreten, der Sozialismus könne weder die heutige Gebietsabgrenzung noch das unbedingte Recht jeder Nation auf absolute Selbständigkeit zur Grundlage der politischen Weltgestaltung machen. Soweit der Sozialismus die Neuordnung der Dinge nach dem Kriege beeinflussen könne, müsse er, wie überall so auch hier, die Richtungslinien seines Willens aus den allgemeinen Entwicklungstendenzen und aus den Interessen des Proletariats ableiten. Die Entwicklung des staatlichen Wesens gehe aber heute unverkennbar zum Großstaat. Diese paar Sätze und die Zustimmung, die sie in andern sozialistischen Tagesblättern revisionistischer und radikaler Färbung gefunden haben, gaben Karl Kautsky den Anlaß, eine Broschüre von 80 Seiten über diese Frage zu schreiben. „Wir wollen uns hier mit der kautskyschen Broschüre nicht beschäftigen, sondern lediglich in großen Umrissen darlegen, was Cunow zu dieser Frage sagt.“

Er kritisiert zunächst, daß trotz Marx gar viele sogenannte Marxisten den Unterschied zwischen

Staat und Gesellschaft immer noch nicht begriffen haben und daß sie diese beiden Begriffe, nämlich wie die Wissenschaftler des vorwigen Jahrhunderts, fortwährend verwechseln und durcheinanderwerfen. Nach Marx ist der Staat eine Gemeinschaft von Personen, die alle unter bestimmten und für sie verbindlichen Gesetzen, den staatlichen Gesetzen leben, deren Einhaltung für sie Zwang ist. Der Staat umfaßt ein ganz bestimmtes, fest abgegrenztes Gebiet und eine ganz bestimmte, fest abgegrenzte, wenn auch stetig wechselnde Personenzahl. Unter Gesellschaft dagegen versteht Marx die Gesamtheit aller Personen, die unter einer bestimmten Produktionsform leben und von ihr beunflusst werden. Spricht man zum Beispiel von der kapitalistischen Gesellschaft, so versteht man darunter die ganze Menschheit, soweit sie mit dem Kapitalismus in Verbindung steht, ihn beeinflusst oder von ihm beeinflusst wird. Völker oder Völkerteile, die nicht mit der kapitalistischen Wirtschaft in Verbindung stehen — etwa die Lappländer —, gehören nicht zur kapitalistischen Gesellschaft. Für die Gesellschaft im ökonomischen Sinne gibt es also kein festes äußeres Band wie für den Staat. Die Gesellschaft ist nicht so abgegrenzt wie der Staat und hat keine festen und für alle ihre Glieder gültigen Gesetze. Kurz: das Wort Staat ist ein politisch-rechtlicher, das Wort Gesellschaft dagegen ein ökonomischer Begriff.

Cunow hält es mit Recht für eine große Leistung von Marx, daß er den Begriff der Gesellschaft vom Begriff des Staates scheidet; aber noch für wichtiger hält er die Einführung des Begriffes Klasse in die Gesellschaftslehre. „Dadurch, daß Marx zwischen Gesellschaft und Staat als besonderen, auf durchaus verschiedenen Grundlagen ruhenden Gebilden unterschiedet und ferner zwischen Individuum und Gesellschaft die Klasse, zwischen Individuum und Gesellschaftsinteresse das Klasseninteresse einführte, hat er der ganzen früheren Gesellschaftslehre neue Bahnen gewiesen.“ Cunow bezeichnet es als merkwürdig, daß die verschiedensten Theoretiker, die benennen man die sonderbarsten Vorstellungen über die Begriffe Staat, Gesellschaft, Klasse usw. findet, sich doch alle darüber einig sind, daß der Arbeiter, der Sozialdemokrat sein will, nur Klassengefühl und Klasseninteresse haben darf, nur die Klasse für ihn existieren darf, gerade als ob er nur in der Klasse lebe, nicht auch in der Gesellschaft, in einer Nation, einem Staat usw., und als ob diese Gesellschaftsbeziehungs- weise Gemeinschaftsgebilde nicht eine ebensojede sozialgeschichtliche Realität besäßen wie die Klasse.“ Gibt es denn, so fragt er weiter, nicht neben dem Klasseninteresse oder dem Klassengefühl auch et was wie ein Nationalgefühl, ein Staatsgemeinschaftsgefühl, ein Volksgemeinschaftsgefühl? Cunow beachtet diese Frage ebenso entschieden, wie sie von manchen theoretischen Werkstätten verneint wird. Er erklärt: Die Behauptung, das Klassengefühl schließe ohne weiteres das Nationalgefühl aus, ein richtiger Sozialdemokrat dürfe deshalb kein Nationalgefühl haben, sei zoologisch betrachtet ein horrender Unfinn. Das Nationalgefühl, Staats- und Volksgemeinschaftsgefühl sei etwas historisch Ge-

Kriegsbriefe von Verbandskollegen.

Vom Bauen und Wohnen in Nordfrankreich.
(Ein Feldpostbrief über Berufsfragen.)
Frankreich, den 10. März 1915.
Lieber Kollege Geringer! Wie ich Dir durch eine Karte bereits mitgeteilt habe, befinde ich mich seit 7. März im Kriegslogement in . . . einem Wachtlokal nördlich von Reims und östlich von Laon. Gelegentlich ist . . . mit Umgebung ein großer, moderner Truppenübungsplatz, der sich bis Reims erstreckt. Ich will Dir nun in meiner Umgebung im Logement meine Beobachtungen mitteilen, die ich gemacht habe in bezug auf die französische Bauart und Bauweise gegenüber der deutschen, in lediglicher wissenschaftlicher Hinsicht. In Frankreich, wenigstens in Nordfrankreich, wird im allgemeinen eine weiche Gesteinsschicht zum Bauen benutzt. Einen festen Kalkstein, wie wir nicht. Diese französische Kalkstein sieht ziemlich weiß aus und läßt sich bequem mit dem Meißel schneiden. Viele deutsche Soldaten bearbeiten solche Steine zu allerhand Handwerkszeug dient ihnen lediglich das Leistenmesser. Steine hergestellt, kein altes hohes Alter erreichen. In meist sind die Hauswände von den Wänden losgerissen, Wände einzufügen. Im allgemeinen sieht sich schon verworren und schwerg, weil der weiche Kalkstein bald kleineren Städten ist wieder. Auf dem Lande und in der Gegend. In größeren Städten bin ich noch nicht gewesen und kann deshalb darüber kein Urteil fällen. Ein als vorzügliche Fensterhölzer, Zementgebäude oder Kalksteinen gebaut; jedoch zum Teil aus härteren, die aber ebenfalls sehr hübsch. Der von mir unterjochte Wästel, wie man ihn hier gebraucht, hat gute Bindekraft. Er

ist verarbeitet oft besser als das Steinmaterial (Schlemmsteine für Scheibwände), und auch der hieraus gefertigte Innenputz läßt in seiner Sauberkeit und Festigkeit nichts zu wünschen übrig. Im allgemeinen sind die Umfassungsmauern der Häuser aus dem Lande aus stark getrockneten Kalksteinen hergestellt; die Fassaden sind gelugl. Die Innenwände sind vielfach aus Schlemmsteinen hergestellt. Eine Herstellung von Schlemmsteinen wird eine hierzu geeignete Gesteinsart verwendet. Dieses Schlemmsteinmaterial ist nicht viel wert.
Die französische Bauart weicht von der deutschen vielfach ab. Zumeist, auf dem Dorfe fast durchweg, gelangt man entweder vom Hof oder von der Straße aus in die Räume, die ausschließlich mit Stielen belegt ist. Geflochtenen, transverbalen Pfählen, der zu Spezialkochen hauptsächlich im Winter, die Stubenwärme erhöhen. Auch Kamin, sowohl beim Bauern wie beim Schloßherrn und in den sogenannten „Guten Stuben“ findet man nur den Ofen. Einen Kachelofen habe ich hier noch nicht angetroffen. Ein besonderes Zimmer zum Schlafen findet man für die Eheleute in kleineren Städten selten. Das oder Wohnstube, in eine Wandnische eingebaut und durch einen Vorhang vom Zimmer abgetrennt und durch ein zweifachtes, breit und aus Eisenblech hergestelltes wieder noch finden. Die Küche bildet den hauptsächlichsten besorgenden Leuten abgetrennt. Von überal, entgegen meiner früheren Auffassung, recht sauber ersehen. Ob dies jedoch auch in normalen Zeiten der Fall ist, kann ich nicht beurteilen. Sowohl die Frauen sind oft vor dem Ofen ihre Wohnung mit Einrichtung für die jüngeren Mädchen, aber unterirdisch machen hierbei ist möglich, daß dies auch diese selten. Die Häuser weisen meist zwei Stufen und eine Küche auf. So der Wohnzimmern wie Küche sind stets sehr geräumig. Dagegen fehlt fast jede Ventilation. Die Stuben, auch die

Räume, sind durchweg mit Tapeten beklebt. Von der Küche aus ist der Zugang zu den übrigen Zimmern. Da die Häuser zum großen Teile nur eine Parterrezugang aufweisen, erübrigen sich Antrittstufen, wo aber solche gebraucht werden, sind es Holzstufen oder primitive Holzstufen. Nur zu den Weinbergen führen Steintrittstufen. Im allgemeinen gleicht der französische Bauernhof in seinem äußeren Aussehen und in der Einteilung seiner Anlagen dem deutschen; nur in seiner inneren Einrichtung sieht er dem deutschen in hygienischer Beziehung nach, abgesehen von ziemlich reichen Gemücherräumen. Das gilt auch für die Wohnungen. Wasserleitungen sind mir in Frankreich noch nicht begegnet. Überal findet man nur Ziehbrunnen oder kleine Saugpumpen, auch in Säulen bester Leute. Fast sämtlich ist es in bezug auf Wohnanlagen Gebildete Leute besitzen einen Hof, den auf dem Lande und in kleineren Städten der Wirtshaus des Hofes erreicht. Ich bin heute fünfzehn Monate in Frankreich und habe oft meine oben über den Hof angetroffen, ob- bedingungen sind ausgiebig danach lustig. Die meisten Wohnungen sind in Zementmörtel gefestigt, aber aus Stielen, die in Zementmörtel gefestigt sind, hergestellt. Besonders hervorzuheben will ich noch, daß die Wände in den meisten von mir beobachteten Wohnungen waren. In den Ställen nicht gefestigt und gepußt waren. Die Stuben und Küchen zeigten das Wasserloch, das nur auf seiner oberen Seite abgedeckt war und gleichzeitig die Zirkung für den Boden darstellte, das den Boden darstellte. In den Ställen waren die Tiere, das als Vorrat dienende Heu oder Stroh ist über den Ställen mit Knäueln oder Brettern gehalten.
Moderne eingerichtet ist das hiesige Paradeanlager für die Truppen. Es weicht in seiner Bauweise der deutschen nicht aus, abgesehen von den Abortanlagen und Klosetts. Die Paradeanlager sind meist gebaut, die Anstalten groß, verputzt und mit geringerer Ventilation eingerichtet. Die Aufenthaltsräume für die Truppen sind nicht allzu großer, eigener Kachelofen, der mit Steinblech gepußt wird. Das Mobiliar in den Aufenthaltsräumen besteht aus Tischen mit Bänken und an den Wänden hin-

mordens; es unterliege, wie alles historisch Gewordene, allerdings der Veränderung.

Von diesem Gesichtspunkt aus läßt Cunow auch die sogenannten „natürlichen Rechte“ nicht gelten, die angeblich alle Nationen auf Errichtung von Nationalstaaten haben sollen. Mit Marx erklärt er, es gebe überhaupt keine natürlichen oder, wie es in der Auffassungsgeschichte hier, keine unveränderlichen, heiligen Naturrechte, sondern nur ein historisch bedingtes, sich aus selbst ergebendes und mit diesen Tatsachen selbst übereinstimmendes Recht. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die nationalen Bestrebungen der verschiedenen Völker mit jenen von anderer Seite gerechtfertigten, von anderer Seite verdamnten Nationalgefühle wieder etwas in den sogenannten unergründlichen Tiefen der Volkseele noch in irgendwelchen mystischen Rechten der Nation Begründetes, sondern sie sind einfach geschichtliche Ereignisse — Resultate der historischen Entwicklung, die mit dieser entstehen und vergehen und deren sogenannte „Berechtigung“ deshalb auch nicht an irgendwelchen unterstellten Rechten gemessen werden kann, sondern nur daran, wieviel sie historisch begründet sind und inwiefern sie auf dem Wege des weiteren menschheitlichen Fortschrittes liegen. Das ist im Grunde genommen das Besondere, was unser Kollege Winig in seinem oben erwähnten Artikel sagte. Und Cunow legt dar, daß die Idee vom Recht aller Nationen auf staatliche Selbständigkeit ein Stück kleinbürgerlicher Ideologie sei, die mit der geschichtlichen Entwicklung gar nicht übereinstimme und die obenreiter reaktionär sei, weil sie auch Nationen ein Recht auf nationale Selbständigkeit zubillige, die gar nicht lebensfähig seien und deren Selbständigkeit ein Kennnis der weiteren kulturellen Entwicklung wäre. Deshalb habe auch Marx das sogenannte nationale Recht niemals anerkannt, sondern als „reaktionär“ verpöchtelt.

Es versteht sich von selbst, daß Cunow mit diesen Ausführungen nicht etwa sagen will, die Sozialdemokratie irgendeines Landes müsse sich in Zukunft den Interessen oder Nationalitäten an den Hals hängen oder gar selbst die Unterjochung kleiner Völker erstreben. Er meint sich lediglich dagegen, daß grundsätzlich jeder Nation das Recht auf Errichtung eines Nationalstaates zugesprochen werden müsse, auch dann, wenn es sich um eine geschichtliche und kulturelle Nation handelt, die gar keinen lebensfähigen Staat bilden kann oder wenn die nationalstaatliche Selbständigkeit nicht im Interesse der weiteren kulturellen Entwicklung liegt.

Sie seien übrigens einige Sätze eingeschoben. Es ist kritisiert worden, daß Cunow in seiner Schrift die Kraft der ökonomischen Notwendigkeiten zu stark betone und die Kraft des menschlichen Willens zu wenig hervorhebe. Diese Kritik erscheint uns ganz und gar unberechtigt. Cunow meint selbstverständlich nicht, die Sozialdemokratie solle die weitere geschichtliche und ökonomische Entwicklung in fatalistischer Gleichgültigkeit über sich ergehen und sich einfach von der Entwicklung treiben lassen. Damit würde sich ja die Arbeiterbewegung selbst aufgeben. Cunow weiß die große Be-

deutung des menschlichen Willens wohl zu schätzen und er fällt es natürlich für ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie alles anboten muß, um die künftige Entwicklung so zu gestalten, wie es den Interessen der Arbeiterklasse entspricht. Aber er leidet auch nicht an einer Uebersehung des menschlichen Willens. Er weiß, daß der menschliche Wille, der ja in letzter Linie selbst nur ein Produkt bestimmter gesellschaftlicher und ökonomischer Verhältnisse ist, in diesen Verhältnissen seine Grenzen findet. Er weiß, daß der menschliche Wille nicht allmächtig ist und daß man, auf gut Deutsch gesagt, auch mit dem festesten Willen nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen kann. Wie Cunow dem menschlichen Willen einräumt, das spricht er aus in dem

Am 1. Mai ist der 17. Beirat in diesem Jahre fällig. Arbeitslose Mitglieder, die vom Beirat befreit sein wollen, haben sich zur Kontrolle zu melden.

Sab, wo er sagt, daß sich in geschichtlichen Werdeprozessen immer jene Wirtschaftsformen durchsetzen, für die die historischen Vorbedingungen gegeben sind und hinter denen die größeren wirtschaftlichen Machtmittel stehen. Daraus ergibt sich: der Wille der Arbeiterklasse kann sich nur durchsetzen, wenn und insofern er sich in der Richtung der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung bewegt, wenn und insofern er zum Träger dieser Entwicklung wird. Darum verlangt Cunow, daß die Sozialdemokratie ihre künftige Wirksamkeit auf den festen Boden der Wirklichkeit gründe, daß sie sich bei ihrem Handeln nicht von atemberaubenden Dogmen und fragwürdigen Theorien, sondern von den tatsächlichen Verhältnissen leiten lasse, daß Arbeiter und Theoretiker alle Illusionen über Bord werfen und die Dinge so ansehen wie sie sind und nicht, wie sie nach ihrer Meinung sein sollten.

Im Schlußkapitel seiner Schrift, Ideologische Verirrung, faßt Cunow das Ergebnis der übrigen Kapitel zusammen. Es habe sich bei einem Teil unserer Parteitheoretiker ein Haufen von falschen Annahmen, Voraussetzungen, Forderungen angesammelt und eine Ideologie herausgebildet, die, sobald eine jähe Unterbrechung der gemäßigten Weiterbewegung in alten Bahnen eintritt, in Konflikt mit den geschichtlichen Tatsachen geraten mußte. Diese auf falschen Voraussetzungen und Forderungen beruhende Ideologie, nicht etwa die Partei, ist zusammengebrochen. Cunow hielt nun mit Recht nichts für bedauerlicher, als wenn etwa die Ansicht Boden gewönne, daß alle Theorie nichts nütze, weil es ja doch immer anders komme, als die Theoretiker voraussetzten. Die Theorie sei durchaus notwendig; aber nicht minder notwendig sei, daß ein wesentlicher Teil der Theoretiker sich zunächst über den

Stand der heutigen Ideologie in der Partei klar werde, statt vom hohen Kaijeder herab zu fordern: Die Entwicklung hat sich nach unsern Illusionen zu richten!

So Heinrich Cunow. Wir haben seine Schrift ganz besonders ausführlich besprochen, weil ihr äußerst wertvoller Inhalt verdient, in den weitesten Kreisen bekannt zu werden. Trotzdem wiederholen wir hier, was wir schon in unserm vorigen Artikel gesagt haben: Jeder Arbeiter, der nach Wissen strebt, sollte sich die Schrift selbst anschaffen und sie in stillen Stunden wiederholt lesen. Die Schrift ist nur 38 Seiten stark, aber auf diesen 38 Seiten sagt Cunow mehr Wissenswertes und zur Klärung der behandelten Fragen Beitragendes, als mancher andere Theoretiker in einem biden Bunde zu sagen wüßte. Die Schrift enthält nichts Ueberflüssiges, sie ist auch frei von theoretischen Haarspalten. Die Liebe auf die Wesenstheoretiker, die unter der Arbeiterbewegung so viel Verwirrung angerichtet haben und die sich jetzt, am Abende ihrer alten Illusionen um die Verbreitung neuer Illusionen bemühen, folgen Schlag auf Schlag. Wir Gewerkschafter dürfen und können an dem, was sich in den letzten Monaten in der Politik abgepielt hat und was sich noch abspielt, nicht achtlos vorübergehen. Wir dürfen uns auch nicht gleichgültig verhalten gegen das, was sich in der Sozialdemokratie abspielt. Das gewerkschaftliche Leben wird von der Tätigkeit der Partei viel zu stark beeinflusst, der Schaden, der durch eine verkehrte Parteipolitik für die Gewerkschaften entstehen kann, ist viel zu groß, als daß uns die Treibereien der Opponenten gegen die offizielle Parteipolitik gleichgültig lassen könnten. Darum ist es die Pflicht eines jeden Gewerkschafters, zunächst einmal bei sich selbst Klarheit über die jetzt schwebenden Streitfragen zu schaffen und dann auch bei andern für Klarheit zu sorgen. Zur Verbreitung von Klarheit ist die Cunowsche Schrift ein ausgezeichnetes Mittel. August Ellinger.

Zum Wiederaufbau Ostpreußens.

Vereinbarung über Arbeitsvermittlung und Arbeitsbedingungen.

Noch ehe die Kassen so recht aus den von ihnen vernünftigen Teilen Ostpreußens vertrieben waren, trafen die Behörden schon die ersten Vorbereitungen zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer. Weder die Behörden noch die geflüchteten Bewohner dachten auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit, daß Ostpreußen dauernd in russischen Besitz bleiben könnte. In vielen Besprechungen der Behörden miteinander und mit Vertretern der beim Wiederaufbau Ostpreußens in Betracht kommenden Volksteile sind in den letzten Monaten die Vorarbeiten zu dem großen Werk so weit gefördert worden, daß die eigentlichen Bauarbeiten bald in Angriff genommen werden können, wenn auch natürlich die Hauptarbeit bis nach dem Kriege zurückgestellt werden muß.

Besonders wichtig ist für den Wiederaufbau der zerstörten Orte die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte. Die vernünftigen Landstriche sind

horizontal mit Haken versetzte Bretter befestigt, die zum Aufhängen der Kleider dienen. Verschiedene Kleiderformen oder ähnliches scheinen hier nicht nötig zu sein. Der Saal, in dem ich hier liege, ist zum Beispiel 3,50 m hoch und ungefähr 13 x 6 m im Rechteck. Er ist nach französischer Einleitung für 20 Mann berechnet. An den gegenüberliegenden Wänden mit Haken für Kleider ist das zu erkennen. Die Haken sind für ihre Zwecke leicht und aus bestem, beschleißbar, etwa 2,80 m hoch und 1,30 m breit. Die Fenster sind dagegen halbkreisförmig angefertigt. Als Beleuchtung dienen Petroleumlampen, die die deutschen Truppen seit Benutzung des Barackenlagers durch elektrische Licht ersetzen. Die Fußböden der Zimmer bestehen aus Ziegeln im Hause sind mit Zementplatten belegt. Die Treppen im Hause sind aus Holz. Es sind mehrere Klüden und die sauber eingerichtet und geräumig sind. Geloch ist in eigenen Kesseln, durch Steinöfen oder Holzgeheizt. Aufser den diesen Mannschaftsbaracken, Probier- und Verwaltungsgeländen befindet sich auf dem riesigen Lager eine Kirche. Diese ist innen in der Form eines kleinen dreieckigen Gebäudes gebaut. Es werden in ihr höchstens fünf bis sechs und erst vor Kurzem abgebaut, ausgefüllt von Wunden. Gestern abend zum Beispiel sang uns ein Künstler namens Buschhoff das Drama „Emma Aden“ vor mit Musik von H. Strauß. Buschhoff als Bühnenkünstler genügt seiner Dienstzeit als Gauhnfener, aber der Hauswirt hängt ein kleines Glöckchen, das zum Niedergang einlädt.

Nicht eigenartige Vorrichtungen sind hier, wie oben gesagt in Frankreich, üblich. Man kann hier keine Vorrichtungen, sondern muß sich auf die Haken legen. Man wird nicht nur ein durch den Fußboden gehendes Loch, und den Saal auf ein. Das ist unter diesem Loch stehend, transportablem Französischen Geschützchen, wie mir gesagt wurde. In diese Geschütze und Verlehnungen in Bestand kommen. Die Einrichtung soll das Anziehen und Weiterverbreiten von Kleiderstücken verhindern. Die Wäffler sind nicht wie bei uns in ähnlichen Gebäuden oder Anlagen zusammenhängend. Die Wäffler, sondern beide sind Anlagen für sich und

getrennt voneinander. Das ist ja auch in Deutschland oft anzutreffen, abgesehen von den modernen Anlagen dieser Art; aber in Frankreich scheint das allgemein zu sein. Die Wäffler auf dem hiesigen Lager sind ebenfalls noch ohne jede Verbindung, und Seitenwände fehlen ebenfalls. Sie stehen frei und offen. Als Verbindung dient eine mannshöhe Wand, mit Zement abgeputzt, vor der in der Höhe des Gedächtnisses eine Rinne zur Beförderung des Wassers läuft. Den Wäffler befördert eine Stenofationsanlage. Außerdem habe ich hier auf dem Lager die erste Wasserleitung angetroffen. Nicht nur die Wohnbaracken, auch die ganze Lageranlage ist modern und erst in den jüngsten Jahren angelegt. Durch das Lager führen breite Straßen und vor und zwischen den Baracken sind Anlagen und Gärten angelegt. Pflanz (Nahrungspflanzen, Beerenpflanzen) ist außerordentlich, das heißt, immer in landüblichen Kreisen und kleinen Städten. Gips habe ich nirgends vorgefunden. — Endlich möchte ich Dich doch bitten, mir umgekehrt brieflich mitteilen zu wollen, was in der Kasse liegt. . . . bedeutet. Am übrigen sollte ich mich noch wohl und hoffe das Beste von Dir. Ich hätte gern mit dem Bunde des halbjährigen Friedens diesen Brief geschlossen. Aber es ist noch an meinen Frieden zu denken; er liegt noch weit im Felde.

Vielleicht herzliche Grüße! Dein Kollege Albert Köppl.

Gegen die Außenfeinde.

Am Schlußkapitel, 28. 3. 1915. Lieber Freund! Das „Echo“ hat mich eben ganz außerordentlich ergötzt. Die Nummer vom 21. ist es mit dem Reichslandgericht. Vor dem Treiben der paar Leute stellt es mich nachgerade. Das war ein netter Abschuß im Reichsland! Ein noch so schwaches Ereignis hier hätte mich nicht so jäherlich berührt und so sehr mein ganzes Innere aufgewühlt. Hier ist man ja dem mächtigsten Gegen dieses Treibens wichtige Arbeiter der Reichslandleute; man kann nur die Faust ballen. Aber ins Gedächtnis gräßt sich uns ein solcher Fall ein, und ich bin überzeugt, die Lande, die hier drauß sind, werden sich dessen immer erinnern. Soll denn wirklich alles ungestraft geschehen können, was wir seit August getrieben und gesiegt haben?

Soll denn wirklich alles beim alten bleiben? Solche Handlungen, wie sie wieder im Reichsland gesehen sind, lassen den Gedanken sofort Vorwurf, die kollektive Winig im „Correspondenzblatt“ letzten bekämpfte. Sie zeigen ja auch die Weisheitsparteien und Regierung zu energischerem Widerstand gegen alle unsere Wünsche. Es müßte doch ein Weg gefunden werden, diese Leute lais zu stellen. Schied sie doch in unsern Schützengärten. Bei der engen Verbindung von Partei und Gewerkschaften wird uns das nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich schwer schädigen. Wir haben also ein Doppeltreue, uns dagegen zu wehren. Glaube mir, August, diese Dinge tun den Genossen im Felde, die überall Einigkeit sehen, viel mehr als wieviel auch die Partei zu Hause. Ich komme es deshalb nicht unterlassen, meiner Empörung in ein paar Worten Ausdruck zu verleihen. Mag die „Bremser Bürgerzeitung“ auch damit nicht einverstanden sein — ich glaube, sie war es doch, die das Urteil der Genossen im Felde nicht teilen lassen wollte? —, wir werden doch mit der Partei und den Vorständen in der Heimat denken und fühlen. Habe wenig Zeit. Sei herzlich gegrüßt von Deinem Nikolaus B.

Sicher August! . . . Den „Grundstein“ erhalte ich stets pünktlich, nur habe ich bei der letzten Nummer das „Correspondenzblatt“ vernimmt. Der „Grundstein“ selbst wird hier von den Kameraden sehr gern gelesen, und die Haltung des Blattes zu den gegenwärtigen Ereignissen viel gelobt. Wenn Ihr mir eine Freude bereiten wollt, so seit so freundlich und übersehet mir die kleine Besorgnis von Dr. Lench. Ich interessiere mich für diese Schrift ganz besonders und würde Euch für deren Lieberung vielmal danken. Bemerkten möchte ich noch, daß man hier das Verlassen Reichslands und die Feuerungen Redebours in der letzten Reichslandtagung schon beurteilt. Ich bin der Ansicht, daß man diesen Leuten nicht unbedingt die Wahrheit sagen muß. Denn die ganges Gebahren ist sicherlich nicht dazu angetan, die Interessen der Arbeiter zu fördern. Ueber die Stimmung, die hier über diese Vorgänge herrscht, werde ich Dir später berichten. Freundliche Grüße an alle Bekannte. Dein Reich W., Ostlud 2.



größtenteils nicht nur von Arbeitern, sondern von Bewohnern überhaupt entloßt; die berechnete Furcht vor den bisipinlosen Russenhorde hat sie in die Flucht gejagt und sie über halb oder fast ganz Deutschland zerstreut. Da ist es ganz natürlich, daß in Ostpreußen bei weitem nicht genügend Arbeitskräfte aufzutreiben sind, um die gewaltige Arbeit des Wiederaufbaues leisten zu können. Die Behörden haben deshalb wiederholt mit Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber des Baugewerbes darüber beraten, wie die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte am besten möglich ist. Dabei vertrat die Arbeitervertreter von Anfang an den Standpunkt, daß es nicht möglich sein werde, genügend Arbeiter für die zum Teil noch ziemlich niedrigen ostpreußischen Vertragslöhne zu erhalten. Es müßten deshalb die Löhne in einer Anzahl von Orten erhöht werden. Ferner müßte, da ja die aus der Ferne vermittelten Arbeiter zum großen Teil zwei Haushaltungen zu führen hätten, eine Auslösung gewährt werden. Die Vertreter der Arbeitgeber stimmten dieser Ansicht im großen und ganzen zu. Am 8. April beschloß dann eine Konferenz in Königsberg in Ostpreußen unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten v. Patacki die unten abgedruckten Vereinbarungen, die den Tarifverträgen als Anfang angesehen werden sollen. An der Besprechung nahmen Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und des Bezirksarbeiterverbandes für Ostpreußen, ferner Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes, des Zimmererverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes teil. Die Vereinbarungen haben folgenden Wortlaut:

1. Zur Beschaffung der erforderlichen Arbeitskräfte wird eine zentrale Arbeitsvermittlungsstelle in Königsberg errichtet. Zur Leitung und Überwachung der Arbeitsvermittlung wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus je vier Mitgliedern des Arbeitgeberverbandes und der Arbeiterzentralverbände und einem unparteiischen Vorsitzenden. Den letzteren bestimmt der Oberpräsident für Ostpreußen. Die Mitglieder der beteiligten Organisationen werden von diesen gewählt mit der Maßgabe, daß der christliche Bauarbeiterverband und der Zimmererverband der Zimmerer je einen und der Deutsche Bauarbeiterverband zwei Vertreter stellen.

2. Die Kommission setzt für die Vermittlung eine Geschäftsordnung fest und stellt im Einverständnis mit dem Herrn Oberpräsidenten die erforderlichen Hilfskräfte an. Alle beteiligten Organisationen erklären ihre Bereitwilligkeit, die Vermittlungsstelle über vorhandene Arbeitskräfte zu unterstützen und die Herbeischaffung von Arbeitern zu fördern.

3. Der Stundenlohn wird in allen Orten Ostpreußens auf den Mindestlohn von 55 ¢ für Maurer und Zimmerer und auf 45 ¢ für Bauhilfsarbeiter erhöht. Wo der Lohn höher ist, bleiben die tariflichen Sätze bestehen. Diese Lohnmehrbetrag tritt mit dem 17. April 1915 in Kraft. Die regelmäßige Arbeitszeit ist täglich zehn Stunden. Sind Leberstunden oder Sonntagsarbeit notwendig, so sind dafür die tariflichen Zuschläge zu zahlen.

4. Die durch die Zentralkommission zu vermitteln sind Arbeiter wird zur Hin- und Rückreise freie Fahrt und ein Gehalt von 1/2 pro Reisestag gewährt, daselbst gilt für die Rückreise, wenn der Arbeiter nach Vollendung der vermittelten Arbeit in die Heimat zurückkehren will oder wenn er ohne seine Schuld vorgezogen entlassen wird.

5. Die durch die Zentralkommission auswärts (außerhalb Ostpreußens) vermittelten Arbeiter erhalten zu dem Lohn einen Tageszuschlag (Auslösung) von 1.50. Dieser Zuschlag wird auch für Sonn- und Feiertage gezahlt.

6. Die Arbeitgeber haben dafür zu sorgen, daß an dem Arbeitsort Lebensmittel in ausreichender Menge und Güte und zu angemessenen Preisen vorhanden sind. Ferner hat der Arbeitgeber für Arbeiter in Baracken untergebracht zu sorgen. Wännen die Arbeiter in Baracken mindestens Decken vorzuhalten, auch Räume zum Waschen, Fußbädern von Kleidungsstücken usw. herbeizustellen. Für das vom Arbeitgeber gestellte Quartier können dem Arbeiter höchstens 40 ¢ pro Nacht von der Auslösung abgezogen werden. Zur Reinigung der Baracken und zur Befreiung der Speisen hat der Arbeitgeber die benötigten Arbeiter unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

7. Der Arbeitgeber hat streng darauf zu achten, daß alle Arbeiter einer Kantinensasse angehören. Für ärztliche Hilfe ist nach bester Möglichkeit zu sorgen.

8. Die sonstigen Bestimmungen des Tarifs bleiben unverändert.

In der „Baugewerkschaft“, dem „Correspondenzblatt“ und in den sozialdemokratischen Tageszeitungen sind diese Vereinbarungen bereits vor einer Woche veröffentlicht worden. Wenn wir sie erst jetzt veröffentlicht haben, so deshalb, weil die Vereinbarungen vom Arbeitgeberverband in Ostpreußen allen seinen Ortsverbänden erst zur Bestätigung vorgelegt wurden und weil uns bis dahin noch nicht mitgeteilt war, daß die Bestätigung überall erfolgt sei. Inzwischen ist uns nun mitgeteilt worden, daß der Veröffentlichung nichts mehr im Wege stehe. Mit den Vorbereitungen für die Arbeitsvermittlung soll nunmehr sofort begonnen werden.

Kriegspreise.

Nach alter menschlicher Erfahrung sind Kriegszeiten zugleich Zeiten der Teuerung. Solange der kapitalistische Warenhandel besteht, hat es stets Menschen gegeben, denen die Kriege Gelegenheiten boten, sich zu bereichern, während alle andern Leute ärmer wurden. Die Kriegsgeschichte der letzten Jahrhunderte berichtet über mannigfaltige Fälle, in denen gewissenlose Händler die Not ihrer Mitmenschen zum schamlosesten Nutzen benutzten. Da sich diese Dinge bisher bei jedem Kriege wiederholten, sollte man annehmen, daß die Leitung eines Heeres oder die Regierung eines Landes ebensojensehr darüber wache, daß im Kriegsfall das gesamte Volk nicht von einer winzigen Minderheit unverschämter ausbeutet werde, wie sie darüber wacht, daß die Waffen der Krieger in tauglicher Verfassung sind. Augenscheinlich betrachtete jedoch bis vor kurzer Zeit noch keine Regierung dies als ihre Aufgabe, denn sonst würde die Notlosigkeit der meisten Regierungen gegenüber dem Problem der Nahrungsmittelversorgung nicht zu erklären sein, sonst würden auch nicht die von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht während des Krieges getroffenen Maßnahmen im feindlichen und neutralen Ausland so großes Erstaunen erregt haben. Es galt eben bisher als Grundgesetz: Die Regierung hat für die Ernährung der Kriegsmannschaft zu sorgen, die zivile Bevölkerung des kriegführenden Landes hat selbst für sich zu sorgen. Maßnahmen gab es nur in belagerten Festungen. Das bedeutete in den meisten Fällen die Lebensmittelversorgung der Zivilbevölkerung an das Spekulantenrum zur Ausbeutung, und da dieses die Preise in die Höhe trieb, so entstand der Befehl: im Kriege muß alles teurer werden. Deshalb können wir auch jetzt beobachten, daß die meisten Einwohner Deutschlands mäßige Preissteigerungen während des Krieges für ganz natürlich halten. Aufregung besteht nur über die unmäßige Höhe der Preise, die gerade einige unserer wichtigsten Lebensmittel erreicht haben.

Wenn wir hier von Spekulantenrum sprechen, so meinen wir damit nicht nur jene Käufer von Waren, die ihre Lager füllen, um dann mit gefüllten Magazinen auf das Steigen der Preise zu warten, sondern auch die Produzenten, die aus dem gleichen Grunde mit dem Verkauf ihrer Produkte zurückhalten. Leider hat es den Anschein, als ob diese Herrschaften, je länger der Krieg dauert, desto mehr Gelegenheit finden, ihre Schätze ins trockne zu bringen. Wir geben in den nachstehenden Sätzen einige Anhaltspunkte für die Höhe der Preissteigerungen.

Es folgten Schweine pro 100 Pfund Schlachtgewicht zweiter Qualität 1914 im Juli 1.84, im Oktober 1.69, im Dezember 1.73, 1915 im Januar 1.84, im Februar 1.108, im März 1.108 und im April 1.123 bis 1.135. Bei den Schweinen wird die richtige Steigerung damit erklärt, daß im Herbst und Winter viele Schweine der Futtermittelparties halber geschlachtet worden seien und daß daher Schweine jetzt knapp würden. Wichtig ist, daß Schweine jetzt knapper sind als im Januar. Waren die Preise aber im letzten Herbst nicht dem starken Angebot von Schlachtvieh ein Preissturz eingetreten müssen. Eine ähnliche Preissteigerung ist eingetreten bei den Hülsenfrüchten, bei Reis, Gerstemehl, Graupen, Weizenmehl usw. Aber nicht genug damit, daß die wichtigsten Lebensmittel teurer sind, das gleiche trifft auf alle Verbrauchsgüter zu. Die vielgepöbelte Hausmutter steht vielleicht schon den Zeitpunkt herbei, an dem das um 100 pZt. teurer gewordene Leder einmal ganz alle wird, denn dann kann sie ihre Kinder mit gutem Grund auf Holzschuhen in die Schule gehen lassen. Was es jedoch so weit kommt, wird sich die Spekulation sicher auch dieses Artikels bemächtigen. Von dem papierernen Kartoffelkrieg, der jetzt zwischen den deutschen Bauern und dem übrigen deutschen Volk gekämpft wird, brauchen wir nicht viel zu schreiben, da er in aller Leute Mund ist. Gines ist sicher dadurch erreicht, nämlich, daß alle Stadtbewohner, die bisher noch konservativ wählten, den agrarischen Patriotismus gründlich kennen lernten. Inverser Charakter werden n a d dem Kriege eintreten, aber die Karte wird sie nicht sehr freudig stimmen. Bei der Kartoffelsteuerung muß allerdings berücksichtigt werden, daß man den Kleinbauern durch die Getreidebeschlagnahme die Kartoffelabgabe erschwerte, da es ihnen an preiswerten Futtermitteln fehlte. Es wird jetzt vielfach die Verschärfung der Schweinegeforderte. Im Interesse der Volksernährung wird man Viehhaltung, das heißt ohne Stallbindung, ist dauernd keine rationelle Landwirtschaft möglich.

Das nicht vom Profitinteresse beeinflusste Volk legt sich häufig die Frage vor: Mühte das sein? Könnte diese tiefe Verwirrung zwischen dem einzelnen Arbeiter der gesamten Bevölkerung des Reiches nicht verhindert werden? Die Preissteigerungen wirken auf die Volkstimmung von August und September vorigen Jahres wie ein kalter Wasserstrahl, denn die deutsche Bevölkerung ist nun genung, um zu wissen, daß diese Teuerung nicht zu kommen brauchte, daß sie von Menschen künstlich erzeugt wurde.

Einzelne Nachrichten lassen uns erkennen, wie groß der mühevolle Gewinn ist, den die Lebensmittelhändler einfahren. In Bremen versuchte ein Mäslensbesitzer, seinen Angestellten das Gehalt mit Rücksicht auf den Krieg zu kürzen. Das führte zu einem Prozeß, in dessen Verlauf nachgewiesen wurde, daß der Mäslensbesitzer in den ersten Kriegsmontaten wöchentlich 15 000 bis 16 000 Mark Reingeinn erzielte als in Friedenszeiten. Die Mittlere Walgenmühle konnte ihrem Vorstand und Aufsichtsrat für das Jahr 1914 eine Rantime von 141 293 gegen 15 193 im Jahre 1913 auszahlen. Auch die Mäslagen und Abschreibungen erreichten durchschnittlich die zehnfache Höhe gegen das Vorjahr. Und dabei konnte die Gesellschaft noch folgende Dividende verteilen: auf Vorzugsaktien 10 pZt. gegen 6 pZt. im Jahre 1913, auf Stammaktien 8 pZt. gegen 4 pZt. im Jahre 1913. Auf neue Rechnung wurden 1 285 003 vorgetragen, im Vorjahr 1 202.

In normalen Zeiten beträgt der Preisunterschied zwischen einer Tonne Getreide und einer Tonne Mehl bei Weizen höchstens 1.60, bei Roggen höchstens 1.60. Während der Kriegszeit hat sich dies Verhältnis in erschreckender Weise gewandelt. Die Spannung zwischen beiden Preisen betrug bei Weizen im März 1914 1.56 und im März 1915 1.183; bei Roggen im März 1914 1.47 und im März 1915 1.222. Zwischen Storn und Mehl zog also das Spekulantenrum aus jeder Tonne Getreide 1.27 respektive 1.175 „Gewinn“. Im „Berliner Lokalanzeiger“ wurde kürzlich berichtet, daß ein Großhändler 1 850 000 Zentner Kartoffeln zu 1.350 pro Zentner eingekauft habe, und sie nun nicht unter 1.575 abgeben wolle. Heute ist der Kartoffelpreis schon über diesen Satz hinaus; aber wenn der Händler nur zu 1.575 verkauft, so verdient er an der heute wichtigsten Volksernährung in wenigen Monaten rund drei Millionen Mark, nach heutigen Preisen bereits vierzig Millionen Mark.

Das sind wenige Beispiele, in denen der Gewinn nachweisbar ist. Wie viele Millionen werden „verdient“, von denen niemand etwas erfährt. In den Randesgegenen kämpfen unsere tapferen Krieger seit Monaten erfolglos gegen den Feind. Im Innern des Landes sind ihre Frauen und Kinder dem siegreichen Strömung, das schmutzige ist als jenes von uns bekämpfte englische Strömung, untern; denn sie zählten ihnen mit jeder Maßgabe einen schändlichen Tribut. Die deutschen Spekulanten, die es doch persönlich weit von sich weisen würden, mit den Feinden Deutschlands zu sympathisieren, wirken aus Profitgier ungewollt als Agenten des feindlichen Auslandes. Sie sind in Wirklichkeit ebenso schändliche Landesverräter wie jene, die in gemeinwärtiger Weise Festungspässe verkaufen. Denn bei kann man den einzelnen Mann verantwortlich machen; sie sagen sich: „Wenn ich es nicht tue, tut's ein anderer.“ Die Bevölkerung nicht den Zivilbehörden die Hauptschuld an dem jetzigen Zustand bei. Sie sagt sich: Solange ausschließlich die Militärbehörden die Höchstpreise usw. feststimmten, war die Sache erträglich; denn diese hatten wenigstens den Mut zuzugestehen. Seit jedoch die Zivilbehörden in gewissen Dingen zu bestimmen haben, werden tausend Mühsüßigen genommen, und dabei natürlich zuerst auf die Konsumenten. Es geschieht entweder gar nichts gegen den Warenmangel, oder wenn etwas geschieht, dann in einer Art, daß die Spekulanten sich ins Fäulnis fassen. — Wir sind überzeugt, daß die Behörden überall den besten Willen hatten, die Bewandung des Volkes zu verhindern. Wir sind aber auch überzeugt davon, daß die Regierung bei der Wahl ihrer Mittel sehr oft recht schlecht beraten wurde. Zum Beweise für die Nichtigkeit unserer Ansicht führen wir einige Beispiele an.

Als die Regierung versuchte, den Preis für Kartoffeln zu regeln, mußten wir bald sehen, daß aus den vorgezeichneten Höchstpreisen Mindestpreise wurden, daß jedoch die verkaufenden Bauern außerdem zu Spottpreisen gezwungen und nun auch das Vieh, Getreide, Erbsen, Weizen usw. bezahlt verlangten. Das war jedenfalls nicht die Absicht der Regierung. Vor einigen Wochen wurde verfügt, daß vom 24. April an die Saalkartoffeln nicht zu höheren Preisen verkauft werden dürfen als die Speierkartoffeln. Warum erst vom 24. April an, warum nicht schon drei oder vier Monate früher? Denn nach dem 24. April werden jedenfalls nicht mehr viele Saalkartoffeln gekauft werden. Es läßt sich denken, daß die Regierung die Bewandlung bei der höheren Preise die Bevölkerung zum Kaufmann Gebrauch der Nahrungsmittel anhalten werde. Tatsächlich ist Sparsamkeit bisher nur beim Brot erzielt worden, und zwar mittels der Vorkant, nicht mittels des höheren Preises. Bei vielen anderen Nahrungsmitteln wird in den nicht zahlungsfähigen Bevölkerungsteilen gefast und in den zahlungsfähigen Bevölkerungsteilen verschwendet. Verschwendung nicht aus Reichtum oder Genußsucht, sondern aus Nationalismus. Die zu verschiedenen Zeiten ausgegebenen Parolen: Kauf Dauermware! Kauf Früchte! usw., veranlassen das zahlungsfähige Publikum zu Mißeneinkäufen, die den wachsenden Mißgeheimen bedrahten. Jetzt müssen die

wenn sie zur Verfüng offener Unbilligkeiten erforderlich erscheint. Zur Begründung dieser Verordnung wurde unter anderem auch mit erwähnt, daß Kriegsteilnehmer, die in günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben, insbesondere der Mieterschulden, abgesehen hätten. Wie steht es nun aber mit denjenigen Kriegsteilnehmern, die in ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen leben? Für sie kommt die schon unter den Frauen der Kriegsteilnehmer Beurlaubung hervorgerufene neue Verordnung nicht in Betracht. Dies ergibt sich aus der Verordnung selbst wie aus deren Begründung. Denn nach der Begründung sollen die Zinzerlassen der Kriegsteilnehmer in den Vordergrund gestellt werden, denen selbst ein erheblicher Nachteil des Gegners regelmäßig weichen müsse. Wenn wir auch jeden zahlungsfähigen Kriegsteilnehmer für verpflichtet halten, seine Verbindlichkeiten zu regeln oder regeln zu lassen, so muß doch ausdrücklich betont werden, daß die Verordnung vom 14. Januar 1915 für die zahlungsunfähigen Kriegsteilnehmer nicht in Betracht kommt.

Interessant dürfte sein, hierzu ein paar Auslassungen aus juristischen Zeitschriften anzuführen. In Nr. 18 der „Juristischen Wochenschrift“ vom vorigen Jahre machte Rechtsanwalt Dr. Wertheimer in Frankfurt a. M. den Hauswirten den Vorschlag, nicht allein der Ehefrau, sondern auch dem Kriegsteilnehmer selbst die Mündigkeit auszustellen und hernach die Eigentumsfrage einzuräumen. Ein solches Urteil, hoffte er, würde auch zu vollstreden sein. Anzweifeln hat sich dieser Herr davon überzogen, daß sein Vorschlag nicht gangbar war. Er schreibt nun in Nr. 2 der „Juristischen Wochenschrift“ vom 1915 im Anschluß hieran und zu der Verordnung vom 14. Januar 1915 unter anderem folgendes: „Wenn auch wegen Nichtzahlung der Miete dem Schuldner gekündigt ist, wird regelmäßig die Ehefrau des Schuldners nicht exmittiert werden können. Der von mir in der S. 33. 1914 Seite 948 vorgeschlagene Weg der Klage gegen die Ehefrau ist, wie ich mich überzeugt habe, regelmäßig deshalb nicht annehmbar, weil eine Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung gegen den Ehemann nötig wäre. Man wird der Klage auf Zahlung des Mietzinses und eventuell sogar der Klage auf Räumung jedenfalls nach der neuen Verordnung nicht stattzugeben haben, wenn der Gläubiger nachweist, daß die Ehefrau des Schuldners und seine Ständer durch die finanziellen und städtischen Verhältnisse nicht geschützt gestellt sind, als wenn der Kriegsteilnehmer zu Hause wäre. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß das Einkommen des Kriegsteilnehmers im Frieden regelmäßig zur Bezahlung der Miete ausreicht und daß, wenn die Ehefrau die Miete des Kriegsteilnehmers eine so große Unterstützung erhält, daß dieses Einkommen unter Abzug eines angemessenen Betrages für den Lebensunterhalt des Kriegsteilnehmers die früheren Einkünfte erreicht, sie auch

regelmäßig zur Zahlung der Miete muß angeschalten werden können. Verwendet sie den auf die Miete entfallenden Teil anderweit, dann liegt offenbar eine Unbilligkeit gegenüber dem Vermieter vor.“ — In der „Deutschen Juristenzeitung“ Nr. 34 von 1915 läßt sich unter anderem Senatpräsident Ring-Werlin wie folgt aus: „Ein altes großes Anwendungsgebiet wird der neuen Verordnung schwerlich bestritten sein.“ Das ist nach Ansicht des Verfassers auch ganz in der Ordnung, da es, wie er weiter ausführt, „im öffentlichen Interesse liegt, daß der Kriegsteilnehmer von der Sorge um seine geschäftlichen Verhältnisse losgelöst wird. Darüber, daß die Verordnung nur den in Betracht zu rufenden Klassen Kriegsteilnehmer trifft, muß und wird der Richter wachen.“ — Hoffentlich verzählet man allenthalten hiernach! G.

Die Arbeitslosigkeit im Februar.

Von den 883 Zweigvereinen, die der Verband Ende Februar zählte, haben 770 über die Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder berichtet. Im Januar berichteten 800 Zweigvereine, also 80 Vereine mehr. Von den diesmal fehlenden Berichten lassen sich so spät ein, daß sie nicht mehr in diesen Bericht aufgenommen werden konnten. In einigen dieser Vereine mögen die Verwaltungsgeschäfte dadurch gehindert sein, daß die damit betrauten Kollegen zum Heere einziehen müssen; aber erklärt ist die diesmalige Abnahme nicht mehr als 800 Zweigvereine an den Wochenberichten teil. Diese Vereine müßten auch die Monatsberichte rechtzeitig einreichen können; denn je mehr Vereine regelmäßig und pünktlich berichten, desto zuverlässiger ist das Ergebnis der Statistik. Die Statistik erfaßte im Februar 125 106 Mitglieder, davon meldeten sich 28 278 = 22,6 pzt. arbeitslos. Im Januar waren es von 137 183 Mitgliedern 28 388 = 20,7 pzt. Im letzten Berichtsmonat des Monats blieben arbeitslos 14 281 = 11,4 pzt. der erfassten Mitglieder gegen 19 313 = 14,1 pzt. im Januar. Wohl ist die Zahl der Arbeitslosen gesunken, aber gleichzeitig erfasste die Statistik diesmal bedeutend weniger Mitglieder. Dadurch stellt sich das Verhältnis der insgesamt gemeldeten Arbeitslosen von 1,9 pzt. höher als im Januar, dagegen hat das Verhältnis der an Monatsberichten arbeitslos Gemeldeten von 3,1 pzt. abgenommen. Es scheint also, als wenn die Möglichkeit, Arbeit zu finden, gegen Monatsende etwas besser geworden ist.

Nach der Größe der gemeldeten Arbeitslosigkeit steht in diesem Monat Pommern obenan; von je 100 Mitgliedern meldeten sich dort 37,4 pzt. (im Januar 29,5 pzt.) arbeitslos. Es folgen Mecklenburg mit 31,5 (26,1) pzt., Schlesien mit 29,9 (23,3) pzt., Sachsen mit 27,1 (27,1) pzt., Bayern mit 29,4 (25,6) pzt., Ost- und Westpreußen, Posen mit 23,3 (25,9) pzt., Schleswig-Holstein, Hamburg 23,2 (21,9) pzt.; ferner stehen unter dem

Reichsburchschnitt 22,0 (20,7) pzt. Württemberg, Baden mit 21,0 (22,7) pzt., Brandenburg mit 19,2 (16,7) pzt., Provinz Sachsen, Thüringen mit 18,6 (16,5) pzt., Hannover, Oldenburg, Bremen mit 15,0 (13,0) pzt., Elsaß-Lothringen 13,8 (11,0) pzt., Hessen mit 13,5 (10,5) pzt., Westfalen mit 10,0 (9,9) pzt. und die Rheinprovinz mit 9,7 (9,1) pzt. Bis auf Bayern, wo die gemeldete Arbeitslosigkeit um 0,2 pzt. und Württemberg, Baden, wo sie um 1,7 pzt. zurückging, weisen alle Landesteile eine Zunahme auf. Die stärkste Zunahme hatten Pommern (7,9 pzt.), Schlesien (6,6 pzt.) und Mecklenburg (5,4 pzt.). In den übrigen Landesteilen betrug die Zunahme zwischen 3,0 und 0,1 pzt.

Die am Monatschluß verbliebene Arbeitslosigkeit betrug in Pommern 22,5 (19,6) pzt., in Bayern 21,2 (23,3) pzt., in Schlesien 18,2 (19,3) pzt., in Ost- und Westpreußen, Posen 17,2 (18,2) pzt., in Mecklenburg 16,8 (16,7) pzt., im Königreich Sachsen 16,1 (19,2) pzt.; dann unter dem Reichsburchschnitt 11,4 (14,1) pzt. in Württemberg, Baden 10,4 (15,1) pzt., in Brandenburg 9,6 (11,5) pzt., in Provinz Sachsen, Thüringen 7,5 (11,8) pzt., in Schleswig-Holstein, Hamburg 7,1 (10,8) pzt., in Elsaß-Lothringen 6,9 (9,0) pzt., in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen 6,2 (7,8) pzt., in Hessen 4,6 (7,1) pzt., in der Rheinprovinz 3,2 (6,0) pzt. und in Westfalen 2,9 (6,5) pzt. Im Pommern stieg die am Monatschluß verbliebene Arbeitslosigkeit um 2,9 pzt., in Mecklenburg um 0,1 pzt. In allen anderen Landesteilen war sie geringer als im Vormonat, und zwar um 4,7 pzt. in Württemberg, Baden, um 4,3 pzt. in Provinz Sachsen, Thüringen, um 4,1 pzt. in Bayern, um 3,7 pzt. in Schleswig-Holstein, Hamburg, um 3,1 pzt. im Königreich Sachsen, um 3,0 pzt. in Elsaß-Lothringen; in den übrigen Landesteilen unter 3,0 pzt. bis 0,1 pzt. In Berlin feierten am letzten Berichtsmonat des Monats von 7467 Mitgliedern 719 = 9,6 pzt. (im Januar 14,0 pzt.). Dem Ergebnis der Hauptabelle hinzuzurechnen, ergibt das die Arbeitslosenzahl von 15 000 = 11,3 pzt. von 139 573 Mitgliedern. Die Arbeitslosigkeit stand somit am Monatschluß ziemlich mit dem Reichsburchschnitt gleich. Nur um 0,1 pzt. stellt er sich, Berlin mitgerechnet, niedriger.

Auf die 28 273 arbeitslos gemeldeten Mitglieder entfielen 411 557 Arbeitslosentage, auf ein arbeitsloses Mitglied durchschnittlich 14,6 Tage gegen 15,0 Tage im Januar. Im 0,4 pzt. ist die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit somit zurückgegangen. Sechs Landesteile sind an dieser abnehmenden Dauer der Arbeitslosigkeit nicht beteiligt. Diese namn vielmehr zu in Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Bremen um 1,6 Tage, in Elsaß-Lothringen um 1,2 Tage, in Mecklenburg um 0,7 Tage, in Württemberg, Baden um 0,4 Tage, in Mecklenburg um 0,2 Tage, in Bayern um 0,1 Tage. In den übrigen Landesteilen war die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im 1,8 bis 0,4 Tage geringer. Von den 28 273 gemeldeten Arbeitslosen feierten im Berichtsmontat 6920 =

Arbeitslosenstatistik des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Monat Februar 1915.

Landesteile	Mitglieder am Schluß des Monats											Es sind arbeitslos											Arbeitslose im	
	Befragte											Befragte											junggebl.	abgerüst.
	insgesamt	Wanner	Glücklicher	Weniger	Entlassene	Blindengänger	Stillerer	Grabenarbeiter	insgesamt	Wanner	Glücklicher	Weniger	Entlassene	Blindengänger	Stillerer	Grabenarbeiter								
Ostpreußen, Westpreußen und Posen	47	3 867	2 461	1 324	30	25	10	2	1 093	98,3	947	185	—	9	—	—	2	—	12					
Pommern	51	3 211	2 378	771	22	7	9	2	1 201	37,4	966	224	—	—	—	—	5	4	12					
Schlesien	79	6 761	4 676	1 899	53	71	40	9	2 021	29,9	1 586	370	21	90	2	—	5	4	111					
Provinz Brandenburg ohne Berlin	134	15 920	12 302	3 387	47	63	16	4	5 361	19,2	4 130	113	2	4	—	—	2	2	16					
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	11	9 017	5 251	2 160	366	103	18	85	2 956	18,6	2 438	485	2	10	8	—	2	16	14					
Elsaß-Lothringen und Großherzogtum Hessen	15	7 588	3 270	2 522	377	935	216	52	3 021	12,1	2 438	567	20	71	22	2	12	1	4					
Rheinprovinz	19	4 478	2 779	1 213	113	127	53	26	1 167	24,7	916	146	35	174	35	2	31	10	6					
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	67	9 801	6 239	2 728	57	95	40	28	514	15,0	4 176	551	8	20	5	4	9	20	61					
Schleswig-Holstein u. Staatsgeb. Hamburg u. Lübeck	72	10 568	5 636	3 783	304	367	279	78	1 211	24,7	1 707	492	19	125	101	1	2	61	32					
Mecklenburg	63	3 276	2 389	855	2	1	—	—	720	23,2	584	142	—	1	—	—	4	5	34					
Königreich Sachsen	74	27 081	16 501	9 223	335	239	121	129	439	8,74	5 811	2 067	32	88	29	26	21	83	200					
Bayern ohne Rheinpfalz	56	9 707	4 452	3 770	94	572	57	46	716	29,8	6 835	893	3	263	80	4	24	6	80					
Württemberg, Baden und Bayerische Rheinpfalz	23	6 447	4 037	1 140	149	789	97	28	2 071	15,4	1 524	210	29	276	99	1	28	17	28					
Elb-Lothringen	8	581	302	462	35	53	7	1	212	13,8	377	89	2	19	—	—	5	—	—					
Im ganzen Reiche	770	125 106	78 069	36 478	1 989	3 667	1 046	460	3 897	22,6	20 696	5 808	171	1 118	275	47	163	237	725					

Landesteile	Arbeit erledigt		An letzten Werttag des Monats waren	Arbeitslos im laufenden Monat waren							Es waren vorher nummernweise arbeitslos							Arbeitslosentage	
	im Monat	in anderen Monaten		am 1. d. Monats	am 2. d. Monats	am 3. d. Monats	am 4. d. Monats	am 5. d. Monats	am 6. d. Monats	am 7. d. Monats	am 8. d. Monats	am 9. d. Monats	am 10. d. Monats	am 11. d. Monats	am 12. d. Monats	insgesamt	Wochentage		
	in Prozent	in Prozent		in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent	in Prozent		
Ostpreußen, Westpreußen und Posen	283	94	38	666	17,2	149	188	195	561	—	114	65	43	56	359	18 608	17,0		
Pommern	274	105	25	725	22,5	234	236	224	507	—	115	91	58	74	206	18 205	15,2		
Schlesien	321	177	80	1 232	18,2	347	379	336	959	—	236	132	221	119	428	32 678	16,8		
Provinz Brandenburg ohne Berlin	389	188	32	624	9,6	404	324	217	406	—	165	149	82	119	172	17 248	13,9		
Provinz Sachsen, Thüringische Staaten und Anhalt	925	501	245	1 201	7,5	821	681	689	866	—	361	353	243	250	563	41 146	16,2		
Elsaß-Lothringen und Großherzogtum Hessen	579	161	58	412	4,6	424	381	329	277	—	213	125	73	109	192	14 520	12,0		
Rheinprovinz	592	85	15	241	3,2	271	185	139	144	—	188	90	44	31	113	8 877	12,0		
Westfalen, Fürstentümer Lippe und Waldeck	151	65	61	130	2,9	170	95	78	101	—	82	49	20	18	82	5 005	11,2		
Provinz Hannover, Herzogtum Braunschweig, Großherzogtum Oldenburg und Staatsgebiet Bremen	574	179	47	611	6,2	470	367	220	411	—	221	175	110	93	235	19 390	13,1		
Schleswig-Holstein u. Staatsgeb. Hamburg u. Lübeck	587	364	714	750	7,1	1 065	214	197	457	—	376	123	78	62	194	24 358	10,2		
Mecklenburg	312	125	8	552	16,8	903	597	412	412	—	113	95	99	108	180	15 002	14,6		
Königreich Sachsen	2178	739	610	4 347	16,1	1 881	1 600	1 293	3 270	—	820	673	518	972	2 088	123 773	15,3		
Bayern ohne Rheinpfalz	468	166	83	2 058	21,2	354	485	562	1 454	—	293	213	286	469	796	50 290	17,6		
Württemberg, Baden und Bayerische Rheinpfalz	275	150	30	671	10,4	303	300	213	538	—	157	221	143	186	215	20 177	14,9		
Elb-Lothringen	46	29	26	61	6,9	25	25	23	52	—	19	22	9	23	19	1 970	16,1		
Im ganzen Reiche	7934	3 178	2 155	14 281	11,4	6 920	5 975	4 960	10 418	—	3 473	2 638	2 067	2 273	5 772	411 537	14,6		

